

II- 786 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 42113

1980 -03- 19

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. ERMACORA, Kraft, Koppensteiner
und Genossen
an den Bundesminister für Landesverteidigung
betreffend Personalmaßnahmen im Bereiche der Heeressport- und
Nahkampfschule

Unter dem Titel "Elitetruppe vor der Auflösung" berichtete die Tageszeitung "Die Presse" vom 28. Februar 1980 von den Maßnahmen, die vom Verteidigungsminister gegen Mitglieder der Heeressport- und Nahkampfschule (HSNS) ergriffen wurden, nachdem Manipulationen mit Schieß- und Sprengmitteln behauptet und hierüber Ermittlungen angestellt worden waren.

Gerüchte, daß es sich um "rechtsradikale Umtriebe" handle, wurden laut. Der Verteidigungsminister hat dienstrechtliche Maßnahmen gegen Soldaten, die sich im Personalstand dieser Schule befinden, ergriffen. Er hat offensichtlich dabei so gehandelt, als würde die Verantwortlichkeit bestimmter Mitglieder der HSNS erwiesen sein. Dem Wehrsprecher der ÖVP ist trotz Nachfrage keine befriedigende Information gegeben worden, außer daß die Diebstähle erwiesen seien. Zwischen der Behauptung eines Diebstahls und der Schuldfrage besteht ein großer Unterschied. Die Fragesteller sind der Meinung, daß vor dem Abschluß der Erhebungen, vor rechtsstaatlich getroffenen Schuldbeweisen keine Personalmaßnahmen gesetzt werden dürften, die Disziplinarmaßnahmen gleich kommen. Es sollte zudem wohl erwogen werden, ob durch diese Personalmaßnahmen nicht eine Elitetruppe, die mühsam aufgebaut worden ist, faktisch aufgelöst wird.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Landesverteidigung folgende

A N F R A G E :

- 1) Welche Organe haben in der Sache des Munitions- und Sprengmitteldiebstahls untersucht?
- 2) Wurde Ihnen ein Bericht vorgelegt, wenn ja, wie lautet dieser?
- 3) In welcher Weise haben Sie die zuständige Personalvertretung über die ministeriellen Maßnahmen informiert, wann hat diese Information stattgefunden und ist sie aktenkundig gemacht worden?
- 4) Welche Personalmaßnahmen (Dienstzuteilungen) haben Sie in der Sache ergriffen?
- 5) Welche dienstrechtlichen Gründe gemäß § 39 BDG waren für die Dienstzuteilungen maßgebend?
- 6) Sind von seiten des Ressorts Disziplinarmaßnahmen eingeleitet worden, wenn ja, welche?
- 7) Bis wann ist mit dem Abschluß solcher Disziplinarmaßnahmen zu rechnen?
- 8) Haben Sie entsprechende Anzeigen bei der zuständigen Staatsanwaltschaft erstattet, wenn ja, wie lauten diese Anzeigen?